

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

**Rede von Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse,
Präsidentin des Deutschen Städtetages,
anlässlich der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages
am 31. Mai 2017 in Nürnberg**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Heimat – Zukunft – Stadt“ – so lautet das Motto, das wir als Überschrift über diese Hauptversammlung gesetzt haben.

Unsere Städte sind Heimat für ihre Bürgerinnen und Bürger und sie bieten ihnen die besten Chancen für eine gute Zukunft – das ist der Anspruch, den wir an uns und unsere Arbeit haben.

Aber was heißt das konkret?

Und haben wir überhaupt noch ein gemeinsames Verständnis davon, was Heimat bedeutet und was eine gute Zukunft ist?

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir beide Begriffe nicht isoliert betrachten, sondern dass wir sie in Beziehung zu einander setzen.

Heimat hat etwas mit Herkunft zu tun. Es ist der Ort, an dem wir geboren sind, an dem wir aufgewachsen und zur Schule gegangen sind. Heimat ist auch die Sprache, in der wir gelernt haben, zu sprechen, zu denken und uns die Welt zu erschließen.

Heimat ist das, was am Beginn steht – am Beginn der persönlichen, ganz individuellen Beziehung zwischen uns und der Welt.

Heimat war lange Zeit für die meisten Menschen etwas Statisches.

Der Ort, an dem man geboren wurde – das war in der Regel auch der Ort, an dem man sein Leben verbrachte, an dem man arbeitete, eine Familie gründete, Kinder aufzog und schließlich irgendwann starb.

Das mag vielen Menschen über Jahrhunderte hinweg so etwas wie Geborgenheit vermittelt haben.

Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist: Diese Art von Heimat sorgte dafür, dass die Möglichkeiten des Einzelnen zur – um es mit einem Begriff aus unserer Zeit zu sagen – freien Entfaltung seiner Persönlichkeit im Ergebnis doch sehr eingeschränkt waren.

Nicht umsonst sagte man: „Der Bauer ist an die Scholle gebunden.“ Das heißt: Er hatte gar keine andere Wahl als sein Leben auf dem Stück Land zu verbringen, auf dem er geboren wurde. Durch den Ort der Geburt war ihm sozusagen seine Lebensaufgabe gestellt – das Land beackern – und sein Leben war vorgezeichnet.

Die Geborgenheit dieser Art von Heimat wurden also mit einem gerüttelt Maß an Unfreiheit bezahlt.

Die Alternative zu diesem vorgezeichneten Leben war die Stadt.

„Stadtluft macht frei“ – so lautet das Versprechen, das wir seit dem Mittelalter denjenigen machen, die einen Ort suchen, an dem ihr Leben nicht vorgezeichnet ist.

So verstanden ist die Stadt ein Ort für Menschen, die ihren Lebensentwurf selber zeichnen wollen.

Die Stadt ist ein Ort vielfältiger Möglichkeiten zur Persönlichkeitsentwicklung und zur individuellen Lebensgestaltung.

Sie war deswegen schon immer ein Ort der Zuwanderung.

Städte sind darauf angelegt, dass sie nicht nur denen eine Heimat bieten, deren Eltern und Großeltern schon am selben Ort gelebt haben, sondern dass sie offen sind für die Menschen, die in die Stadt kommen, weil sie hier die Chance suchen, ihr Glück zu machen.

Diese Offenheit ist etwas, was unsere Städte ausmacht. Sie gehört zu den Grundlagen für den Erfolg des Lebensmodells „Stadt“.

Ohne Zuwanderung – zunächst aus der unmittelbaren Umgebung, dann aus anderen Teilen des Landes, dann aus vielen Ländern der Welt – hätte sich in unseren Städten nicht die wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Dynamik entwickelt, die Deutschland letztlich zu einem freien und wohlhabenden Land gemacht hat.

Zuwanderung und Integration

Zuwanderung in unsere Städte hat es also schon immer gegeben, und unter dem Strich haben wir davon eigentlich auch immer profitiert.

Trotzdem war die Aufnahme von fast 1,2 Millionen Flüchtlingen in den letzten zwei Jahren eine Herausforderung der besonderen Art.

Dieser Herausforderung haben sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam gestellt.

Wir haben uns als Deutscher Städtetag immer zur Verantwortungsgemeinschaft der drei staatlichen Ebenen bekannt, aber ich möchte an dieser Stelle auch einmal ganz deutlich sagen: Der größte Teil der Arbeit wurde bei uns – in den Kommunen – geleistet.

Die Arbeit wurde geleistet von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Verwaltungen und von vielen, vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagiert haben und die dies auch nach wie vor tun.

Ohne die Städte – und ohne das gute Zusammenspiel von Kommunalverwaltungen und Zivilgesellschaft vor Ort – hätte Deutschland das, was in den Medien „die Flüchtlingskrise“ genannt wurde, nicht so gut bewältigt.

Der dezentrale Staatsaufbau und vor allem die kommunale Selbstverwaltung gehören zu den Dingen, die die Stärke unseres Landes ausmachen. Das, finde ich, hat sich bei der Bewältigung dieser großen Herausforderung wieder einmal – und sehr deutlich – gezeigt.

Die Flüchtlingskrise hat uns ganz nebenbei auch einen neuen Gesprächskanal eröffnet. Unmittelbar nach meiner Wahl bei der Hauptversammlung vor zwei Jahren in Dresden bin ich nach Berlin gefahren.

Die Bundeskanzlerin hatte die kommunalen Spitzenverbände zum Gespräch eingeladen über die Bewältigung der Flüchtlingskrise.

Wir haben uns in dieser Runde regelmäßig getroffen. Für den Städtetag haben meistens Helmut Dedy und ich teilgenommen. Der Bund war neben der Kanzlerin, die immer dabei war, auch durch verschiedene Minister sowie durch die Präsidenten bzw. Leiter der Bundesagentur für Arbeit und des Bamf vertreten.

Ich habe diesen Austausch als sehr wohltuend und extrem hilfreich empfunden, und ich würde es sehr begrüßen, wenn diese Form des direkten Gesprächs zwischen Bundesregierung und

kommunalen Spitzenverbänden auch in Zukunft – und auch zu anderen Themen – weiter gepflegt werden würde.

Ich weiß, die Länder sehen das nicht ganz so gern, weil sie ja bekanntlich der Meinung sind, dass niemand die Interessen der Kommunen gegenüber dem Bund besser vertreten kann als die Landesregierungen.

Aber meine Erfahrung ist, dass es manchmal eben doch besser ist, wenn wir direkt mit der Bundesregierung sprechen. Ich komme darauf später noch einmal zurück.

Was das Flüchtlingsthema angeht, so ist die akute Krise zum Glück vorbei.

Rückblickend müssen wir aber feststellen, dass die hohe Zahl schutzsuchender Menschen unser Asylsystem an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gebracht hat. Deshalb müssen wir alles tun, um zu vermeiden, dass es noch einmal solch eine krisenhafte Zuspitzung gibt wie vor zwei Jahren.

Es ist der Bundesregierung gelungen, die Zuwanderung besser zu steuern und im Ergebnis deutlich zu verringern.

Nun ist es unsere Aufgabe in den Kommunen, uns um die Integration derjenigen zu kümmern, die längere Zeit oder sogar auf Dauer bei uns bleiben werden.

Was brauchen wir für die Integration?

Integration beginnt mit der Versorgung mit Wohnraum und dem Erlernen der deutschen Sprache. Sie setzt sich fort in der Schule und im Kindergarten, in der psychosozialen Betreuung und in der Qualifizierung für den Arbeitsmarkt.

Wir müssen zusätzliche Wohnungen bauen. Meistens machen das die Kommunen bzw. die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.

Wir müssen Schulen und Kindertagesstätten ausbauen.

Wir müssen Sprachkurse anbieten, wir müssen die Zuwanderer mit unserer Kultur und unseren Gepflogenheiten vertraut machen, sie an unsere Gesellschaft und an unseren Arbeitsmarkt heranzuführen.

Wenn es darum geht, Menschen zu helfen, die Schutz suchen, darf Geld eigentlich kein Thema sein.

Aber: Integration gibt es nicht zum Nulltarif.

Die Städte können Integration, aber die Städte können diese gesellschaftliche Mammutaufgabe nicht alleine finanzieren.

Der Bund hat seinen Anteil an der Finanzierung der Integrationskosten im vergangenen Jahr deutlich erhöht – um insgesamt 7 Milliarden Euro für drei Jahre.

Das Geld geht größtenteils an die Länder, die es dann dorthin weiterleiten müssen, wo die Arbeit gemacht wird und die Kosten anfallen – also an uns.

Mir wäre es lieber gewesen, wenn man sich diesen Umweg hätte sparen können (was leider verfassungsrechtlich nicht geht), denn die Erfahrung zeigt, dass die Länder ganz klebrige Hände bekommen, wenn der Bund Geld für kommunale Aufgaben zur Verfügung stellt.

Und so war es auch dieses Mal: Das Geld wurde leider wieder nicht komplett an uns weitergeleitet.

Was uns aber unmittelbar entlastet, ist die vollständige Übernahme der Unterkunftskosten für anerkannte Flüchtlinge im SGB II. Auch diese Regelung gilt aber zunächst nur für drei Jahre.

Die Finanzierung der Integrationskosten über 2018 hinaus ist also noch weitgehend ungeklärt. Wir brauchen die Unterstützung des Bundes aber auch über 2018 hinaus. Ohne das Geld des Bundes können wir diese Aufgabe nicht bewältigen.

Wir brauchen für die Integration aber nicht nur Geld.

Es gibt noch zwei Dinge, die ich ansprechen möchte.

Erstens: Die Integration würde uns um einiges leichter fallen, wenn den Kommunen nur die Flüchtlinge zugewiesen würden, die einen gesicherten Aufenthaltsstatus haben.

Das ist leider immer noch nicht der Fall. Deshalb bleibt unsere Forderung an Bund und Länder:

Bringt die Asylverfahren zum Abschluss, solange sich die Menschen noch in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder befinden.

Sorgt dafür, dass die Menschen, die keine Bleibeperspektive haben, noch aus den Erstaufnahmeeinrichtungen heraus in ihre Heimat zurückkehren können.

Natürlich müssen wir – beziehungsweise die Länder – alles daran setzen, diese Menschen von einer freiwilligen Heimreise zu überzeugen. Wo das nicht klappt, wird es aber auch Rückführungen geben müssen.

Bitte verteilt, Menschen, die keine Bleibeperspektive haben, nicht auf die Kommunen. Rückführungen sind in kommunaler Verantwortung nicht praktikabel zu lösen.

Und schließlich: Achtet auf die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung. Die Menschen erwarten, dass das Aufenthaltsrecht vollzogen wird. Es wird sonst letztlich das Vertrauen in den Rechtsstaat untergraben, wenn rechtskräftige Bescheide und Gerichtsurteile nicht umgesetzt werden.

Und auch für die Betroffenen ist es eine ganz schlimme Erfahrung, wenn mit der Integrationsarbeit bereits begonnen wurde und sie am Ende aber doch zurückgeführt werden. Ein offenes, verantwortungsvolles, ehrliches Miteinander sieht anders aus.

Das sagen mir auch immer wieder unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit Flüchtlingen arbeiten, und die vielen Ehrenamtlichen, die sich für Integration einsetzen.

Und der zweite Punkt, der mir noch wichtig ist:

Integration ist ein langer Weg, der Geduld und Anstrengungen auf beiden Seiten erfordert. Entscheidend für eine erfolgreiche Integration wird die wechselseitige Akzeptanz sein – die Menschen müssen aufeinander zugehen, die, die neu zu uns gekommen sind, genauso wie die Einheimischen.

Dabei brauchen wir ein gemeinsames Grundverständnis davon, was unser Land ausmacht und was unsere Gesellschaft zusammenhält.

Dafür reicht eigentlich ein Blick in unser Grundgesetz.

Am Anfang des Grundgesetzes stehen die Grundrechte. Das ist ein starkes Signal, denn es bedeutet: Bei uns stehen die Rechte des Einzelnen vor allem anderen.

Sie stehen insbesondere auch vor den Interessen und Ansprüchen von religiösen Gemeinschaften oder sozialen Gruppen aller Art.

Das ist die Grundidee unserer freien und offenen Gesellschaft.

Konkret sind die Grundrechte, um die es vor allem geht: das Recht jedes Einzelnen auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensformen und sexueller Orientierungen und die Glaubensfreiheit. Das sind Dinge, die bei uns nicht verhandelbar sind.

Wer das akzeptiert, der wird bei uns eine gute Heimat finden.

Heimat und Zukunft

Wenn wir über die Stadt als Heimat reden, dann muss uns klar sein, dass diese Heimat nichts Statisches ist – und dass wir in unseren Städten nicht die Form von Geborgenheit vermitteln können, die das Produkt von echter oder gefühlter Homogenität ist.

Ernst Bloch, der in Ludwigshafen geborene Philosoph der konkreten Utopie, hat meiner Stadt einmal ins Stammbuch geschrieben, Ludwigshafen sei eine „Seestadt auf dem Lande, gelegen am Meer einer unstatischen Zukunft“.

Ich denke, das gilt nicht nur für Ludwigshafen. Wir alle spüren dieses „Unstatische“ in unseren Städten. Wir erleben Veränderungen, die wir nur teilweise steuern können.

Wir erleben auch, dass sich Menschen oftmals mit Veränderungen schwertun, dass es Menschen gibt, die Angst davor haben, dass sie mit der allgemeinen Entwicklung nicht mehr mithalten können.

Das ist glücklicherweise nur eine Minderheit, aber wir müssen die Sorgen dieser Menschen ernst nehmen.

Denn wir wollen ja, dass unsere Städte Orte sind, die Chancen für alle Menschen bieten, die in ihnen wohnen.

Was können wir also tun?

Die Frage ist nicht leicht zu beantworten, und ich möchte deswegen zunächst einmal sagen, was wir nicht tun können.

Wir können keine Mauern mehr um unsere Städte bauen, um unsere Bürgerinnen und Bürger vor den Risiken und Nebenwirkungen der Globalisierung zu schützen.

Wir können nicht zurück in eine Welt, in der „Heimat“ etwas Statisches ist – etwas, das immer gleich bleibt und das sich während unserer Lebensspanne nicht verändert.

Wir können das nicht – und wir wollen das nicht.

Was wollen wir dann?

Wir wollen, dass unsere Städte so etwas wie sichere Häfen sind am Bloch'schen Meer der unstatistischen Zukunft.

Wenn wir von „Heimat“ sprechen, dann richtet sich unser innerer Blick oft zurück. Heimat – das ist der Ort unserer Herkunft. Aber ist es auch der Ort unserer Zukunft?

Ich glaube, dass es uns, die wir in der Kommunalpolitik Verantwortung tragen, genau darum gehen muss: Aus unseren Städten Orte der Zukunft zu machen.

Das heißt, es geht nicht darum, dem Wandel auszuweichen, sondern es geht darum, den Wandel zu gestalten.

Das ist es, was die Bürgerinnen und Bürger von uns in den Rathäusern erwarten – zu Recht erwarten: Dass wir nicht die Hände in den Schoß legen und abwarten, was zum Beispiel Globalisierung und Digitalisierung oder andere neue gesellschaftliche Entwicklungen so mit sich bringen, sondern dass wir unsere Städte fit machen für die Zukunft.

Auch das geht – natürlich – nicht zum Nulltarif.

Finanzen und Chancen

Nun hat vor knapp drei Wochen der Bundesfinanzminister das Ergebnis der jüngsten Steuerschätzung vorgestellt: 54 Milliarden Euro Mehreinnahmen für Bund, Länder und Kommunen bis 2021 – also in den nächsten vier Jahren. Man muss auf diesen Zeithorizont noch einmal deutlich hinweisen, damit nicht der Eindruck entsteht, der Staat würde jedes Jahr 54 Milliarden Euro mehr einnehmen.

Und man muss vor allem auch noch einmal sehr deutlich darauf hinweisen, dass – so erfreulich diese Entwicklung für die öffentlichen Haushalte auch ist – damit die Probleme der Städte noch lange nicht gelöst sind.

Das erste Problem ist der Investitionsstau: Auf 126 Milliarden Euro beziffert das aktuelle KfW-Kommunalpanel den Investitionsstau in der kommunalen Infrastruktur – vor allem bei Schulen und Verkehrswegen. Diese Summe ist fast zweieinhalb mal so groß wie die jetzt in Rede stehenden Mehreinnahmen.

Es ist ja nicht so, dass sich der Bund bei diesem Thema nicht bewegt hätte. Zwei mal 3,5 Milliarden Euro hat er mit den beiden kommunalen Investitionspaketen zur Verfügung gestellt – und zwar zielgerichtet für die Kommunen, die notwendige Investitionen aus eigener Kraft kaum noch leisten können, weil die hohen Sozialausgaben ihnen praktisch keinen finanziellen Spielraum mehr lassen.

Das ist auf jeden Fall der richtige Ansatz, aber es reicht leider bei weitem nicht aus. Mein Wunsch ist eigentlich, dass wir von solchen – oft auch recht kurzfristig angesetzten – Sonderprogrammen wegkommen und dass wir eine dauerhafte und nachhaltige Stärkung der kommunalen Investitionskraft schaffen. Denn wir brauchen Planungssicherheit in den Kommunen – auch um die Planungskapazitäten in der Verwaltung an steigende Aufgaben anzupassen.

Das zweite Problem sind die ständig steigenden Sozialausgaben.

Jahr für Jahr steigen die Sozialausgaben der Kommunen um eine Milliarde Euro stärker an als ihre Steuereinnahmen. Und dabei sind die regulären Anpassungen der Leistungsbeteiligungen des Bundes (Kosten der Unterkunft, Grundsicherung im Alter) sogar schon berücksichtigt. Auch wenn wir für die Entlastungen in der Vergangenheit dankbar sind: Sie haben letztlich nur dazu geführt, dass die Effekte der früheren überproportionalen Ausgabenanstiege abgemildert wurden.

Wir brauchen deshalb weitere Entlastungen, daran führt kein Weg vorbei. Und diese Entlastungen müssen besonders denjenigen Kommunen zugutekommen, die am stärksten von sozialen Problemlagen betroffen sind.

Der Bund entlastet die Kommunen ab 2018 um 5 Milliarden Euro. So war es im Koalitionsvertrag vorgesehen und so wurde es im vergangenen Jahr dann auch endlich gesetzlich fixiert.

Den Verteilungsschlüssel hätten wir uns anders gewünscht, aber es ist trotzdem eine große Entlastung für die Kommunen. Man muss das Engagement des Bundes an dieser Stelle auch

einmal anerkennen: Es hat selten eine Bundesregierung gegeben, die so viel für die Entlastung der Kommunen getan hat wie die jetzige.

Wir haben als kommunaler Spitzenverband allerdings auch lange dafür gekämpft. Und ich möchte an dieser Stelle ganz herzlich allen danken, die daran – in den Gremien und in der Hauptgeschäftsstelle – beteiligt waren.

Und wir wissen natürlich, dass wir uns auf dem, was wir erreicht haben, nicht ausruhen dürfen. Wir brauchen dringend weitere Entlastungen, vor allem bei den Sozialausgaben, und wir halten deshalb an unserer Forderung einer Bundesbeteiligung von mehr als 50 % an den Kosten der Unterkunft fest.

Das dritte Problem ist die Disparität, also das wachsende Gefälle zwischen armen und reichen Städten.

Wir hatten dieses Thema in den Mittelpunkt unserer Hauptversammlung in Dresden vor zwei Jahren gestellt. Mein Eindruck ist, dass wir es damit geschafft haben, das Problem stärker ins Bewusstsein zu rücken.

Und tatsächlich zeigt ja die Ausgestaltung des Kommunalinvestitionsfördergesetzes – gezielte Zuwendungen für Städte mit hohen Soziallasten – und die Teilentlastung bei den Kosten der Unterkunft, dass der Bund verstanden hat, dass es Städte mit besonderem Unterstützungsbedarf gibt.

Der Bund ist hier auch in der Verantwortung, denn es geht letztlich um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland.

Und es geht um Chancengerechtigkeit. Die Lebenschancen gerade junger Menschen dürfen nicht vom Ort abhängen, in dem sie wohnen.

Daher muss der Bund sein zentrales regionalpolitisches Instrument, die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, deutlich ausweiten. Dies gilt gerade für die Förderung der wirtschaftsnahen kommunalen Infrastruktur.

Aber auch die Länder sind in der Verantwortung. Sie müssen dafür sorgen, dass die Städte finanziell so ausgestattet sind, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können und die Infrastruktur nicht verfällt.

Das ist leider nicht in allen Bundesländern der Fall.

Nun ist es aber so, das arme Städte – also Städte, die nach Erledigung der Pflichtaufgaben praktisch keinen finanziellen Spielraum mehr haben, oder Städte, die sogar für die Erfüllung der Pflichtaufgaben schon auf Kassenkredite angewiesen sind – dass diese Städte oft auch in armen Bundesländern liegen, die selber auch nicht immer den notwendigen Spielraum haben, um ihre Kommunen spürbar besser zu stellen.

Man kann also das Problem der strukturellen Unterfinanzierung der Städte in einigen Bundesländern nicht lösen, ohne das grundsätzliche und für die Lage der Städte zumindest mitursächliche finanzielle Problem dieser Länder zu lösen.

Nun wird es 2020 zur lange verhandelten Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen kommen. Wir hätten bei diesen Verhandlungen gerne mit am Tisch gesessen, um eine wirklich nachhaltige Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen allen drei staatlichen Ebenen – Bund, Ländern und Kommunen – zu erreichen.

Und wir hätten in diesem Zusammenhang auch gerne über die aufgelaufenen Altschulden gesprochen.

Aber die Länder wollten das nicht, weil sie sich in dieser Frage als Sachwalter der Kommunen verstehen.

Wir wollen die Länder in dieser Funktion durchaus ernst nehmen. Wir verstehen das deswegen so: Die Länder haben für uns mitverhandelt, und mit seiner Zustimmung zum Verhandlungsergebnis hat jedes einzelne Bundesland gleichzeitig anerkannt, dass es mit diesem Verhandlungsergebnis künftig auch in der Lage ist, seine Kommunen mit ausreichenden und angemessenen finanziellen Mitteln auszustatten.

Soweit die Theorie. Was die Praxis bringt, werden wir nach 2020 sehen.

Zur Sicherung der kommunalen Einnahmen gehört auch, dass die Grundsteuer endlich bundeseinheitlich reformiert wird. Sie ist für uns eine wichtige Steuer, und wenn es hier nicht bald eine Neuregelung gibt, besteht die Gefahr, dass das Bundesverfassungsgericht sie kippt. Bund und Länder stehen hier in der Verantwortung, die Einnahmen der Kommunen zu sichern.

Selbstverständlich sollte auch sein, dass die erhöhten Gewerbesteuerumlagen zur Finanzierung der Deutschen Einheit ab dem Jahr 2020 – immerhin 30 Jahre nach der Einheit – abgeschafft werden.

Wenn wir im Städtetag über Geld reden – und das müssen wir ja leider dauernd machen -, dann ist das kein Selbstzweck.

Eine vernünftige finanzielle Ausstattung der Kommunen ist die Voraussetzung dafür, dass wir unsere Aufgaben erfüllen.

Sie ist die Voraussetzung dafür, dass die Menschen sich in ihrer Heimat wohlfühlen.

Und sie ist die Voraussetzung dafür, dass die Städte ein Ort sind, an dem Menschen ihre ganz individuellen Zukunftschancen finden und verwirklichen können.

Darum geht es: Die Stadt – jede Stadt – als Ort, der den Menschen Zukunftschancen eröffnet.

Diese Zukunftschancen dürfen nicht von der sozialen Herkunft abhängen. Wir wollen Chancengerechtigkeit.

Das ist unser Anspruch. Deswegen ist Bildung für uns so ein wichtiges Thema.

Bildung

Die Städte tragen dabei in erster Linie die Verantwortung für die frühkindliche Bildung.

Wir haben unglaublich viel geleistet beim Ausbau der Kinderbetreuung. Allein die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren haben wir innerhalb von 10 Jahren fast verdoppelt.

Darin spiegelt sich auch ein gesellschaftlicher Wandel: Kinderbetreuung – auch frühe Betreuung – ist wichtiger geworden, weil sich die Aufgabenverteilung in den Familien geändert hat.

Auch das hat etwas mit Freiheit zu tun: Wir wollen den Eltern – den Müttern, aber auch den Vätern – nicht vorschreiben, wie sie ihr Leben zwischen Familie und Beruf gestalten und wie sie die Aufgaben innerhalb der Familie aufteilen.

Damit diese Freiheit nicht nur auf dem Papier steht, brauchen wir ein flächendeckendes und quantitativ ausreichendes Betreuungsangebot.

Wir haben da – wie gesagt – schon viel geschafft, aber der Ausbau muss weitergehen – und er wird weitergehen. Die Städte werden solange weitere Plätze schaffen, bis alle Kinder versorgt sind, für die Eltern eine Betreuung wünschen.

Dieser quantitative Ausbau der Kinderbetreuung ist ja ein Thema, das immer wieder stark im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit steht.

Aber es gibt im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung noch einen anderen Aspekt, der meiner Meinung nach genauso wichtig ist – und das ist die qualitative Entwicklung der Kindertagesstätten.

Auch hier hat sich in den vergangenen Jahren viel getan: Aus „Betreuungseinrichtungen“ sind Orte der frühkindlichen Bildung geworden.

Man kann die Bedeutung, die die Kindertagesstätten heute für die Bildungsbiographie der jungen Menschen haben, nicht hoch genug einschätzen.

Unsere Kitas sind ein Ort, der Bildungschancen für alle eröffnet – auch für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache oder für Kinder aus benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen.

Sie tragen damit dazu bei – und zwar schon zu einem sehr frühen und entscheidenden Zeitpunkt – dass unsere Städte Orte sind, die Zukunftsperspektiven für ihre Bürgerinnen und Bürger schaffen – und das ist ja unser zentrales Anliegen.

Auch der qualitative Ausbau der Kitas muss weitergehen. Die Konzepte hierfür liegen auf dem Tisch. Geringere Gruppengrößen, Freistellung der Kita-Leitung, mehr Sprachförderung und Elternarbeit – das sind wesentliche Stellschrauben, um die pädagogische Arbeit in den Kitas weiter zu verbessern und Familien bei ihrem Erziehungsauftrag noch stärker zu unterstützen.

Offen ist– leider – die Finanzierung. Nach Schätzungen des Bundesfamilienministeriums sind zur flächendeckenden qualitativen Verbesserung in den Kitas auf einem bundeseinheitlichen Niveau weit über 10 Mrd. Euro erforderlich.

Es gibt jetzt schon eine punktuelle Förderung des Bundes für die pädagogische Arbeit in den Kindertagesstätten, zum Beispiel durch das „Bundesprogramm Sprach-Kitas“.

Aber von dieser Förderung profitieren nur einige wenige, ausgewählte Kitas, und die Förderung ist zeitlich befristet. Was wir uns wünschen, ist eine flächendeckende und dauerhafte Beteiligung des Bundes an den Kosten der frühkindlichen Bildung.

Kommunale Bildungspolitik beschränkt sich aber nicht nur auf die Kindertagesstätten. Wir verstehen uns als Teil einer Bildungslandschaft, die von Kommunen, Staat und freien Trägern gemeinsam gestaltet wird.

Zu dieser Bildungslandschaft gehören nicht nur unsere Kitas und Schulen, sondern auch kommunale Bibliotheken, Theater und weitere Kultureinrichtungen. Sie alle helfen mit, Bildung in einem umfassenden Sinn zu ermöglichen und den Menschen, die in unseren Städten leben, das Rüstzeug zu vermitteln, das sie für die Orientierung in einer komplexen Welt brauchen.

Bildung in diesem umfassenden Sinn – auch und gerade kulturelle Bildung – ermöglicht Integration und Teilhabe. Sie schafft die Voraussetzung, dass Menschen mit ganz unterschiedlichen sprachlichen, kulturellen und religiösen Hintergründen untereinander kommunikationsfähig bleiben – oder es gegebenenfalls werden.

Deswegen sind Bildung und Kultur so unglaublich wichtig für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Ein brennendes Thema ist für uns die Digitalisierung in der Bildung. Bildungseinrichtungen der gesamten Bildungskette sind gefordert, digitale Medien in ihrer Bildungsarbeit einzusetzen und Medienkompetenz zu vermitteln. Einzelne Tablett-Klassen gibt es in unserer Städten bereits, aber wir sind noch weit davon entfernt, da ein flächendeckendes Angebot zu haben. Ich glaube, dass wir das anstreben müssen.

Die Städte können die Digitalisierung der Bildung nicht alleine stemmen. Notwendig ist ein „Masterplan digitale Bildung“, an dem sich natürlich auch die Länder und - wegen der gesamtstaatlichen Bedeutung - auch der Bund beteiligen müssen.

Der Bund hat einen Digitalpakt angekündigt, mit dem der Ausbau der Digitalisierung an den Schulen bundesseitig im Umfang von 5 Milliarden Euro gefördert werden soll. Diese Bundesinitiative begrüßen wir sehr. Sie muss jetzt möglichst zügig umgesetzt werden. Bisher ist sie weder inhaltlich ausformuliert noch mit entsprechenden Haushaltsmitteln hinterlegt.

Die Digitalisierung ist ein wichtiger Aspekt der Zukunftsentwicklung der Städte. Sie erweitert in einem noch nie dagewesenen Umfang die Möglichkeiten der Kommunikation, der Wissensaneignung und des Lernens. Andererseits ist es aber nach wie vor so, dass die Menschen in den Städten Räume der persönlichen Begegnung, des Dialogs und des Austausches brauchen. Unsere kommunalen Bildungs- und Kultureinrichtungen sind solche

Orte. Es wird in diesem wie in vielen anderen Bereichen darauf ankommen, die virtuelle Realität und die gebaute Wirklichkeit unserer Städte besser miteinander zu vernetzen.

Wohnen

Die gebaute Realität unserer Städte – das sind nicht nur öffentliche Einrichtungen, sondern das sind auch und vor allem Wohnungen.

Eine kluge Wohnungsbaupolitik ist unverzichtbar für eine gute Stadtentwicklung.

Dabei muss es – ähnlich wie in der Bildungspolitik – darum gehen, Segregation möglichst zu vermeiden.

Es kann nicht sein, dass einkommensschwächere Schichten aus der Stadt verdrängt werden, weil die Wohnungen unbezahlbar werden.

Galt zu Beginn dieses Jahrtausends die „Wohnungsfrage im Wesentlichen als gelöst“, müssen wir heute Wohnraumangel in den Ballungsräumen und überdurchschnittliche Preisanstiege aufgrund starker Bevölkerungszuwächse feststellen. Gleichzeitig drohen ländlichen Regionen Überalterung, Leerstände und Preisverfall. In manchen Regionen verlaufen Wachstum und Schrumpfung in Teilbereichen sogar nebeneinander.

Das heißt, Wohnungsmangel ist kein flächendeckendes Thema in Deutschland. Aber vor allem in Städten mit hohem Bevölkerungszug ist es ein ernstes Problem.

Wir müssen deshalb den sozialen Wohnungsbau wieder ankurbeln. Der Bund hat seine Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau bis 2019 auf 1,5 Milliarden Euro jährlich angehoben. Das ist aus unserer Sicht eine gute Entscheidung. Nun liegt es an den Ländern, diese Mittel für den Wohnungsbau auch tatsächlich einzusetzen.

Aber sozialer Wohnungsbau allein ist nicht die Lösung aller Probleme. Denn auch für breite Bevölkerungsschichten wird es in Wachstumsregionen immer schwerer, angemessenen Wohnraum zu einem vernünftigen Preis zu finden. Bundesweit wurden 2015 weniger als 250.000 Wohnungen gebaut. Nötig wären aber nach Expertenansicht mindestens 350.000 bis 400.000 Wohnungen pro Jahr.

Wir brauchen deshalb über den sozialen Wohnungsbau hinaus auch zusätzliche Anreize für den Bau frei finanzierter Wohnungen insbesondere im mittleren und preiswerten Segment.

Einen solchen Anreiz könnte der Bund zum Beispiel mit einer Investitionszulage für den Bau bezahlbarer Mietwohnungen im mittleren Segment setzen.

Sinnvoll wäre es aus unserer Sicht außerdem, wenn Bund und Länder die Bildung von Wohneigentum mit einem Zuschuss zum Eigenkapital für Bauwillige oder einem Baukindergeld fördern würden.

Und natürlich müssen wir überlegen, was wir tun können, um auch in den Städten mehr Bauland zu vernünftigen Preisen zu aktivieren.

Mobilität und Umwelt

Das wir über Wohnungsbau reden, hat natürlich etwas damit zu tun, dass viele Städte wachsen.

Wachsende Städte bedeuten aber auch neue Herausforderungen für die Gestaltung urbaner Mobilität – und das in einer Situation, in der die Verkehrssysteme in einigen Städten sowieso schon an den Grenzen der Belastbarkeit sind und wir einen beachtlichen Sanierungsstau haben: Gut ein Viertel der 126 Milliarden Euro, die ich eben genannt habe, entfällt auf die kommunale Verkehrsinfrastruktur.

Wir müssen kommunale Brücken und Tunnel sanieren, neue Verbindungen schaffen, Hauptstraßen umgestalten, den öffentlichen Verkehrsraum barrierefrei umgestalten und vor allem ÖPNV-Systeme und Fahrzeuge erneuern und weiter ausbauen.

Dabei müssen Bund und Länder verlässliche Partner der Gemeindeverkehrsfinanzierung bleiben.

Und wir wollen daneben die Weichen für eine zukunftsgerechte Mobilität stellen. Dazu gehören zum Beispiel Car-Sharing, Fahrradverleihsysteme oder Elektrofahrzeuge. Der digitalen Vernetzung kommt dabei immer größere Bedeutung zu. Smartphones und Navigationssysteme sind für uns längst zu ständigen Begleitern geworden. Sie helfen uns bei der Orientierung, sie können aber auch helfen, Verkehrsflüsse besser zu steuern. Mit der Aussicht auf automatisiertes Fahren vielleicht schon in wenigen Jahren stehen wir erneut vor bahnbrechenden neuen technischen Möglichkeiten. Die Städte sind bereit, diesen Wandel mit voranzutreiben. Ein wichtiges Ziel ist dabei, städtische Räume wieder zurückzugewinnen und nicht immer mehr Fläche für verkehrliche Funktionen zu blockieren. Daraus ergeben sich

auch Chancen für die Stadtentwicklung. Die lebenswerte Stadt ist heute ein entscheidender Standortfaktor.

Moderne Verkehrspolitik ist immer auch Umweltpolitik. Wir haben bei der Luftreinhaltung schon viel erreicht, und wir werden weiter daran arbeiten, denn natürlich ist es uns wichtig, die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Aber wir können nicht zaubern – und wir können vor allem auch nicht die Entwicklungsarbeit der Automobilindustrie übernehmen.

Denn wenn wir – was ja für viele ein sehr emotionales Thema ist – über den Schadstoffausstoß von Dieselfahrzeugen sprechen, dann ist jetzt zunächst einmal die Industrie gefordert, endlich schadstoffarme Diesel-Fahrzeuge auf den Markt bringen, die auch im Straßenverkehr die Grenzwerte einhalten.

Wir wollen Fahrverbote vermeiden. Wenn es aber dazu kommt, dass in absehbarer Zeit einzelne Städte aufgrund von Gerichtsurteilen begrenzte Fahrverbote verhängen müssen, dann brauchen wir eine rechtliche Möglichkeit zur Kennzeichnung emissionsarmer Dieselfahrzeuge, die sogenannte blaue Plakette. Dabei muss es nach meinem Dafürhalten aber natürlich auch sachgerechte Ausnahmeregelungen unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten und für die öffentlichen Verkehre geben.

Sicherheit

Wenn wir unsere Bürgerinnen und Bürger fragen, welches Thema sie derzeit am meisten bewegt, dann sind das selten die konkreten Projekte der Stadtentwicklung, und es sind auch nicht die großen Linien der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zukunftsentwicklung.

Nein – es ist die Sicherheit.

Immer wieder hören wir – wie jüngst in Manchester – von furchtbaren Anschlägen islamistischer Terroristen. Und wir wissen: Das kann auch uns treffen. In meiner Stadt hatte ein zwölfjähriges Kind einen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt geplant, der zum Glück gescheitert ist. In Berlin hat es tatsächlich einen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche gegeben. Auch die Vorkommnisse in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln und anderen Großstädten haben viele Menschen aufgewühlt und nachhaltig beunruhigt.

Zunehmende gewaltsame Auseinandersetzungen als Begleiterscheinungen von Großveranstaltungen, wie Fußballspielen oder Demonstrationen, gehören mehr und mehr auch zum Alltag gerade in Großstädten. Hinzukommen die fast schon „alltäglichen“ Beeinträchtigungen von Sicherheit und Ordnung in den Städten, wie Freizeidlärm, Drogenhandel, Straßenprostitution, Vandalismus und Vermüllung.

Dies alles beeinträchtigt das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger in unseren Städten. Sie erwarten die sichere und saubere Stadt und richten diese Erwartung vor Ort an uns, an Ratsmitglieder, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, Antworten finden, soweit dies in unserer Hand liegt.

Denn die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist in erster Linie eine Aufgabe von Polizei und Justiz in Bund und Ländern. Sie haben die Pflicht, hierzu ausreichendes Personal zur Verfügung zu stellen und adäquat einzusetzen. Die Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum muss nachhaltig verbessert werden.

Die Städte leisten in Zusammenarbeit mit der Polizei einen eigenen Beitrag zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Wir wollen keine zusätzlichen polizeilichen Aufgaben übernehmen, aber wir wollen diese Sicherheitspartnerschaft zwischen Polizei und Kommunen ausbauen

Dazu gehört auch eine Ausweitung von Videoüberwachung mit Augenmaß. Wir begrüßen es sehr, dass der Bundesrat dem Videoüberwachungsverbesserungsgesetz des Bundes zugestimmt hat, mit dem der Einsatz von Videoüberwachungstechnik in öffentlich zugänglichen Bereichen erleichtert wird.

Die veränderten Rahmenbedingungen sind aus unserer Sicht Anlass, auch die Gefahrenabwehrgesetze und Datenschutzregelungen der Länder neu zu bewerten und die Schaffung erweiterter Rechtsgrundlagen zu diskutieren.

Im Übrigen haben natürlich auch präventive Maßnahmen zur Verhinderung von Kriminalität, Gewalt und Störung der öffentlichen Ordnung für uns einen hohen Stellenwert. Sicherheitsnetzwerke oder kriminalpräventive Räte sind auf- bzw. auszubauen, städtebauliche Aspekte sowie Möglichkeiten der Sozial- und Jugendpolitik einzubeziehen. Es geht darum, jeder Form von Hass und Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft entschieden und frühzeitig entgegenzutreten. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir in der Lage sind, auch neuen Herausforderungen an Sicherheit und Ordnung wirksam zu begegnen.

Wir wollen, dass unsere Städte Heimat sind. Wir wollen, dass sich die Menschen in unseren Städten wohlfühlen. Dazu gehört ganz unbedingt, dass sie sich angstfrei auf öffentlichen Straßen und Plätzen bewegen können.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich komme noch einmal auf die Frage zurück: Was ist Heimat? Damit hat sich auch der Schriftsteller Bernhard Schlink (aus einer kleinen Stadt bei Ludwigshafen) beschäftigt, und er ist zu dem Ergebnis gekommen:

„So sehr Heimat auf Orte bezogen ist, Geburts- und Kindheitsorte, Orte des Glücks, Orte, an denen man lebt, wohnt, arbeitet, Familie und Freunde hat - letztlich hat sie weder einen Ort, noch ist sie einer. Heimat ist Nichtort. Heimat ist Utopie.“

Ganz so weit würde ich nicht gehen, aber in einem Punkt hat er doch Recht: Ein Ort wird nicht aus sich selbst heraus zur Heimat, sondern durch Erlebnisse, die mit diesem Ort verbunden sind. Und diese Erlebnisse haben letztlich immer etwas mit Menschen zu tun, denen man begegnet.

„Es sind die Begegnungen mit Menschen, die das Leben lebenswert machen“ – so hat es einst Guy de Maupassant formuliert.

Und ich glaube, dass genau das letztlich die Aufgabe für uns ist, die Aufgabe der Städte: dass wir einen Rahmen setzen, in dem solche Begegnungen möglich sind.

Dafür muss die Stadt funktionieren – mit ihrer ganzen technischen Infrastruktur vom Abwasserkanal bis zur Straßenbahn.

Dafür müssen wir unsere Pflichtaufgaben sauber abarbeiten, müssen für Sicherheit sorgen und für sozialen Ausgleich.

Aber dafür brauchen wir vor allem auch unsere sogenannten freiwilligen Leistungen. Dafür brauchen wir Sport und Kultur und bürgerschaftliches Engagement.

Wenn das alles zusammen kommt – und auskömmlich finanziert ist – dann wird aus Heimat Zukunft.